



Für eine klassenfreie, solidarische Arbeitsgesellschaft in marktwirtschaftlicher Ordnung

Von Hans Ludwig

Was sind die aktuellen Probleme und Herausforderungen, auf die eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung Antwort geben muss? Eine auch volkswirtschaftlich mögliche und gesellschaftlich sinnvolle Lösung wäre die Bezahlung der CareArbeit:

I. Krisenerscheinungen:

Um die Jahreswende 2023/24 häufen sich die Krisenmeldungen über die wirtschaftliche und soziale Ordnungs- und Finanzpolitik. Die Politik und das Reagieren der Ampelkoalition um das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Einhaltung der Schuldenbremse zeigten wenig Einigkeit und Bereitschaft, die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

- Neben der Zunahme der Rechtspartei AFD bereiten sich zwei neue Parteien auf ihre Gründung vor: Sahra Wagenknecht und Hans-Georg Maaßen, der frühere Präsident des Verfassungsschutzes versuchen mit nicht geringen Erfolgsaussichten am rechten und linken Rand unseres Volksparteienspektrums Einfluss zu gewinnen. Diese Zersplitterung des Parteienspektrums erinnert an die Weimarer Republik.
- Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat in seinem Jahresgutachten auf das demografische Problem aufmerksam gemacht, das die Zukunft unserer sozialen Sicherung in Frage stellt.
- Die neueste PISA-Studie hat die deutschen Schüler im internationalen Vergleich so schlecht wie nie zuvor verortet. Hauptursache ist der Ausfall von Unterrichtsstunden aufgrund des Lehrermangels und die nicht gelingende Integration der Kinder mit Migrationshintergrund.
- Aber auch schon vorher reichten die Betreuenden in KITAs und Kindergärten nicht aus. Es fehlen 500.000 Kitaplätze..
- Handwerk und Industrie klagen darüber, dass sie keine Auszubildenden finden. Viele Ausbildungsstellen bleiben unbesetzt, mit verheerenden Wirkungen auf das künftige Angebot an Facharbeitern.
- Der deutschen Wirtschaft entgehen jetzt bereits riesige Wachstumspotentiale, weil zu wenig Fachkräfte vorhanden sind.
- Katastrophal sind inzwischen die Zustände in unseren Pflegeein-

richtungen. Es fehlen Plätze in der stationären Pflege. Immer mehr Einrichtungen müssen teilweise oder ganz schließen, weil Personal fehlt.

- Wer mit chronisch kranken Menschen zu tun hat, wundert sich, dass Apotheken nicht mehr in der Lage sind, gängige Medikamente vorrätig zu halten.
- Wer umzieht, wird feststellen, dass es in Deutschland fast unmöglich ist, als Neubürger einen Termin bei Fachärzten zu bekommen.
- Die niedergelassenen Ärzte haben in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr „gestreikt“. Gründe: Fehlendes Personal, zu niedrige Vergütungen.
- Viele Krankenhäuser stehen vor der Insolvenz



© Mester

- Die Politik nimmt die Probleme nicht wirklich wahr. Auf die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts, dass der Haushalt für 2024 verfassungswidrig sei, reagierten fast alle Parteien reflexartig mit der Forderung, dann müsse an der Kindergrundsicherung oder am Familiengeld gestrichen werden.
- Als das Bundessozialgericht urteilte, dass Ärzte im Bereitschaftsdienst nicht als Selbständige oder Freiberufler, sondern als normale Arbeitnehmer Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung

Fortsetzung auf Seite 2

Aus dem Inhalt

Mitarbeiter gesucht
Wir mischen uns ein

Seite 2 Interview mit Dr. Johannes Resch
Seite 3 Wahlprüfsteine

Seite 4
Seite 5

Fortsetzung von Seite 1

zu leisten hätten, kam es zu einer bundesweiten Verweigerung, unter diesen Bedingungen zu arbeiten.

- Dieselben Probleme bezüglich Steuer- und Sozialversicherungspflicht gab es vor einigen Jahren, als dasselbe Gericht über die Bezahlung ausländischer Pflegekräfte in privaten Haushalten ähnlich urteilte.

Es scheint sinnvoll und notwendig, die Ursachen für diese Krisen tiefer zu ergründen und in eine neue programmatische Diskussion unseres Systems einzusteigen, die sich allerdings auch der „faulen Kompromisse“ der Vergangenheit annehmen muss.

II. „Sozial temperierter Kapitalismus“ oder doch Soziale Marktwirtschaft

Immer wenn es um das Soziale ging, wurde die idealtypische Konzeption der sozialen Marktwirtschaft verraten. Als Prof. Schreiber 1957 die Drei-Generationen-Solidarität in das System der dynamischen Rente einführen wollte, hat Konrad Adenauer das mit Blick auf das Wählerpotential der älteren Bevölkerung abgelehnt und sich von Kardinal Frings, dem damaligen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, gerne unterstützen lassen. Aus diesem Konflikt stammt der Adenauer zugeschriebene Satz: „Kinder kriegen die Leute immer!“

Ganz wichtig ist in diesem Zusammenhang das 1967 verabschiedete „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“, mit dem erstmalig eine Globalsteuerung der vier wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziele (Magisches Viereck) beschlossen wurde.

1. Das eindeutige Ziel **Vollbeschäftigung** wurde durch die schwammige Formulierung „hoher Beschäftigungsstand“ auf das bis dahin Erreichte reduziert. Insbesondere die nicht in die Erwerbsarbeit integrierte Care-Arbeit blieb wieder außen vor.
2. Die **Geldwertstabilität** wurde in der Folge mit 2 % tolerierbarer Inflation, bis zu der die Notenbank nicht tätig wird, relativiert.
3. Mit dem Aufgeben des Zieles der Vollbeschäftigung entsteht die Notwendigkeit, ständig angemessenes **Wirtschaftswachstum** zu generieren. Wäre Vollbeschäftigung erreicht, kann es kein reales Wachstum mehr geben, dann wäre das wirtschaftspolitische Ziel Wachstum irrelevant.
4. Am meisten Probleme verursacht das Ziel **Außenwirtschaftliches Gleichgewicht**. Die Bundesrepublik als chronisches Überschussland verschenkt bis zu 10 % ihres Sozialproduktes an das Ausland, weil sie mehr Güter und Dienste ans Ausland liefert (Exporte), als es vom Ausland anzunehmen bereit ist (Importe). Diese Politik wird von den Fachökonominnen als „Beggary neighbour policy“ bezeichnet, also als eine Politik, die die Nachbarn zu Bettlern macht. Offensichtlich wird das chronische Missachten des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes nicht als Problem gesehen, einige sehen darin sogar ein besonders erfolgreiches Wirtschaften. Das Problem kann man lösen, indem man die inländischen Masseneinkommen so erhöht, dass weniger exportiert und/oder mehr importiert wird. Dazu wäre eine neue Tarifaufeinandersetzung zwischen einer Einheitsgewerkschaft auf Bundesebene und dem Staat erforderlich um zu verhindern, dass die Masseneinkommen unter dem volkswirtschaftlich sinnvollen Maß zurückbleiben.

Neue Problemlagen erfordern daher die Ausweitung des Zielkatalogs:

5. **Fiskalisches Gleichgewicht:** Bei voller Ausnutzung unserer Produktionspotentiale z.B. der Care-Arbeit könnte das Bruttosozialprodukt (BSP) so gesteigert werden, dass sowohl bei der Schuldenstandsquote als auch bei der Defizitquote große zusätzliche Finanzierungsspielräume entstehen.
6. **Demografisches Gleichgewicht:** Kinder werden „de Leute“ eben nicht immer haben! Über 30 % der Frauen bleiben heute kinderlos. Wenn wir nicht bereit sind, durch eine bevölkerungsbewusste Familienpolitik für den Erhalt unserer Gesellschaft selbst zu sorgen, müssen wir durch Zuwanderung ausgleichen. Dazu müssten wir aber einwanderungsfreundlicher werden.
7. **Ökologisches Gleichgewicht, insbesondere Umweltgestaltung:** Die Katastrophe im Ahrtal hat gezeigt, was hier noch notwendig ist.
8. **Klimaneutralität:** Unsere Produktionsprozesse, unser Verkehrswesen, unsere Wohnungen, u. a. erfordern die Umstellung auf Klimaneutralität.

III. Arbeitsgesellschaft oder Tätigkeitsgesellschaft

Auf dem Soziologentag 1982 hatten Claus Offe, Ralf Dahrendorf u. a. das Ende der Arbeitsgesellschaft ausgerufen, nachdem Hannah Arendt bereits Mitte der 50er Jahre verkündet hatte, das Schlimmste, was der Arbeitsgesellschaft passieren könne, sei, dass ihr die Arbeit ausgehe. Übersehen hatte man dabei die eigentliche Pointe: „Das Schlimmste sei, dass es sich dabei weiterhin um eine Arbeitsgesellschaft handelt, der die Arbeit ausgehe (unabhängig davon, ob ihr die Arbeit wirklich ausgeht): Denn es ist ja eine Arbeitsgesellschaft, die von den Fesseln der Arbeit befreit werden soll, und diese Gesellschaft kennt kaum noch vom Hörensagen die höheren und sinnvolleren Tätigkeiten, um derentwillen die Befreiung sich lohnen würde.“ (Heiner Ludwig, Die käufliche Arbeit, die kirchliche Sozialtradition und die Erneuerung der Arbeitsgesellschaft, in: Wolfgang Thierse, Heiner Ludwig: Arbeit ist keine Ware! Herder 2009)

Im Vorwort ihres Buches haben sie das hier angedeutete Grundproblem beschrieben: „Das Normalarbeitsverhältnis hat zum ersten Mal in der Geschichte dazu geführt, dass Menschen aufgrund ihrer Arbeit (und nicht aufgrund von Eigentum) auch in Situationen von Nicht-

Der Verband Familienarbeit e.V. sucht ab sofort für die Geschäftsstelle eine/n

Mitarbeiter (m/w/d)

in selbstständiger Bürotätigkeit auf Honorarbasis zu einem Stundenlohn von 22,- €.

Die Geschäftsstelle als Mittelpunkt der Verwaltung unseres Verbandes ist die Schnittstelle nach innen und außen. Alle Informationen müssen den Entscheidungsträgern des Verbandes auf kurzen Wegen zugänglich sein.

Vorausgesetzt für diese Tätigkeiten werden gute Kenntnisse in der modernen Bürokommunikation (Word, Excel). Die Tätigkeit, die von zuhause (Home-Office) auszuführen ist, umfasst folgende Schwerpunktthemen:

- Erledigung aller Verwaltungsarbeiten, ohne Finanzbuchhaltung
- Aktualisierung des Mitgliederverzeichnisses (Ein- und Austritte)
- Unterstützung des Vorstandes in allen Angelegenheiten
- Unterstützung der Redaktion der Verbandszeitschrift „Familienarbeit heute“
- Koordination aller Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Druck und Versand der Verbandszeitschrift entstehen
- Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem Schatzmeister
- Ansprechpartner für Mitglieder und Interessenten des Verbandes
- Vorbereitung und Koordinierung der Verbandsversammlungen

Näheres erfahren Interessierte beim 1. Vorsitzenden des Verbandes Dr. Resch, unter der Telefonnummer 06346 9890628 oder per mail: johannes.resch@familienarbeit.org

arbeit (Krankheit, Alter, Unfall, Arbeitslosigkeit) gesichert sind. Worin besteht die Erwartungssicherheit und die Legitimation, dass allein dieses komplizierte Geflecht stabil ersetzt werden kann und ersetzt werden darf? Wie demokratiefähig oder demokratiegefährdend sind z. B. Vorstellungen eines Grundeinkommens ohne Arbeit – also gesellschaftliche Integration und Inklusion nicht durch, sondern durch den Abschied von der Erwerbsarbeit? Und kann dann die verbleibende notwendige Erwerbsarbeit ruhig zur Ware werden?“

Für die uns hier zentral interessierende Frage nach dem Charakter der Care-Arbeit ist der ebenfalls dort zitierte Einwand aus der Frauensperspektive interessant: „Die skeptischere Frauensperspektive zeigt unser Problem deutlicher und klarer, vor allem durch die Erfahrung, dass just in dem Augenblick, da Frauen nach diesem Zauberstab greifen... der Wert und die Bedeutung von Erwerbsarbeit demontiert wird und diese entweder dadurch als Verstärker der Krise der Arbeitsgesellschaft gesehen werden, oder – als auf die nachindustrielle Gesellschaft besser vorbereitet – zu „Lebensunternehmerinnen“ hochstilisiert werden. Dieses Bild der Lebensunternehmerin ist schon gezeichnet, doch auf den Zusammenhang zwischen Arbeit und Einkommen geht man gar nicht erst ein.“

Wir sollten angesichts der wachsenden Bedeutung der Erwerbsarbeitsgesellschaft mit der höchsten Beschäftigungsquote aller Zeiten, mit dem Mangel an Arbeitskräften im Bereich der CareArbeit, des Handwerks und der Industrie, bei fehlenden Arbeitskräften im Bereich der Kinderbetreuung, der Schulen und in der Pflege nicht davon abbringen lassen, das Normalarbeitsverhältnis für alle zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Am Anfang von Erwerbsarbeit gibt es Erosionsprozesse durch überhandnehmende un- oder unterbezahlte Praktika, zeitliche Befristungen und Leiharbeit, immer häufiger wird über Wehrpflicht und Soziale Jahre für ganze Jahrgänge geredet, am Ende durch vorzeitige Verrentungen parallel zu weiter bestehender Erwerbsarbeit. Ausgeweitet werden muss das Normalarbeitsverhältnis durch neue Arbeitsverhältnisse im Bereich der bisher unbezahlten Familienarbeit durch Erziehungs-, Bildungs- und Pflegeeinkommen. Zusätzlich auch in Frauen- und Männerhäusern, Familien- und Betriebshilfe. Und das Ganze erfordert in Zukunft ein einheitliches, für alle geltendes Arbeits- und/oder Dienstrecht.

[Forts. in Familienarbeit heute 02/2024]

WIR MISCHEN UNS EIN – AUS DER AKTUELLEN PRESSEARBEIT UNSERES VERBANDES –

Pressemeldung vom 11.12.2023

Pressemitteilung: Die Bertelsmann-Stiftung behauptet: „Es fehlen hunderttausende von Krippenplätzen.“

Wir behaupten: „Das stimmt nicht!“. Was fehlt, ist eine tatsächliche Wahlfreiheit der Eltern!

Ein Krippenplatz für U3-Kinder kostet den Staat etwa 1200,- Euro/Monat. Würde dieses Geld im Anschluss an das Elterngeld direkt an die Eltern überwiesen, dann könnten sie ihre Kleinkinder selbst betreuen, was sich viele Eltern wünschen. Die freigewordenen Plätze stünden den Familien zur Verfügung, die eine Fremdbetreuung in Anspruch nehmen wollen.

Die einseitige Krippenförderung wird begründet durch die Falschbehauptung, die Krippe fördere die Kinder mehr als die elterliche Betreuung. Das ist seit vielen Jahren durch gezielte Untersuchungen widerlegt. Diese Fakten werden von Politik ignoriert und widersprechen den dahinter stehenden Interessen der Wirtschaft, die sich vor allem billige Arbeitskräfte zu Lasten der Kleinkinder und sogar der Babys wünscht.

Die einseitige Förderung der Kinderkrippen bevormundet die Eltern, nimmt ihnen und den Kindern ihre im Grundgesetz zuerkannten Rechte und gefährdet das Kindeswohl.

Unsere Forderung: Um die Rechte der Eltern zu wahren, dem Kindeswohl und der Gesellschaft nachhaltig zu dienen und den Mangel an Krippenplätzen zu beheben, fordern wir 1200,- Euro/Monat für alle Eltern mit Kindern im 2. und 3. Lebensjahr, um ihnen eine echte Wahlfreiheit zu ermöglichen, wie sie die Kinderbetreuung regeln wollen – anstatt der Bevormundung durch einseitige Subventionierung von Krippenplätzen.

■ Zusammenfassung J. Resch

Pressemeldung vom 27.12.2023

Pressemitteilung: Offener Brief an die Verbände der Kinder- und Jugendärzte Betr.: Betreuung von Kindern unter drei Jahren

Als Vorstand des Verbandes Familienarbeit e.V. – eines parteipolitisch, weltanschaulich und konfessionell unabhängigen Eltern-Verbandes, setzen wir uns seit dessen Bestehen für eine tatsächliche Wahlfreiheit für Eltern ein, damit sie eigenverantwortlich entscheiden können, ob sie ihre Kinder in Krippenbetreuung geben oder zu Hause selbst betreuen wollen.

Wir beobachten seit langem, dass die Familienpolitik die Fremdbetreuung der Kinder mit enormen finanziellen Mitteln fördert, die Betreuung durch die eigenen Eltern dagegen nicht. Gleichzeitig sind die Lebenshaltungskosten für junge Familien besonders in den Großstädten drastisch gestiegen, sodass sich immer mehr Eltern gezwungen sehen, beide in Vollzeit einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachzugehen und ihre Kinder bereits in einem Alter von unter drei Jahren in eine Gruppenbetreuung abzugeben. All das steht nach unserer Auffassung in klarem Gegensatz zum in Art. 6 (2) GG verankerten Elternrecht.

Laut einem Artikel in der FAZ vom 12. 12. 2022 hat die Deutsche Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin (DGSPJ) im Jahr 2012 Fremdbetreuungszeiten für Kinder unter 18 Monaten völlig abgelehnt und für die Altersgruppe zwischen 18 und 36 Monaten Fremdbetreuung nur mit hohen Qualitätsansprüchen und halbtags als sinnvoll erachtet, und der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) hat sich diesen Empfehlungen im Jahr 2019 weitgehend angeschlossen. In demselben FAZ-Artikel werden die negativen Effekte der Fremdbetreuung für unter Dreijährige ausführlich geschildert und als Beleg werden Studien aus den USA (NICHD-Studie) und Kanada (Québec-Experiment) angeführt. Angesichts dieser Sachlage halten wir es für dringend geboten,

- *die immer noch gültigen Empfehlungen der DGSPJ und des BVKJ zur Gruppenbetreuung von Kindern unter drei Jahren wirksam an die Öffentlichkeit zu tragen,*
- *den Eltern zu helfen, ihr im Grundgesetz verankertes Recht auf Erziehung ihrer eigenen Kinder ohne jegliche Benachteiligung wahrnehmen zu können,*
- *einen öffentlichen Diskurs über dieses wichtige gesellschaftliche Thema in Gang zu bringen,*
- *die Bedürfnisse der Kinder und ihrer Familien als oberste Priorität zu betrachten und nicht den Interessen des Arbeitsmarkts nach mehr Arbeitskräften unterzuordnen.*
- *die einseitige Finanzierung der Fremdbetreuung zu beenden und die Eigenbetreuung von Kindern unter drei Jahren – entsprechend den Forderungen des Grundgesetzes – in gleichem Umfang zu finanzieren wie einen Krippenplatz (heute ca. 1000,- Euro/Monat).*

Die Empfehlungen der DGSPJ von 2012 können von immer mehr Eltern kleiner Kinder aus finanziellen Gründen nicht eingehalten werden. Damit dies wieder möglich wird, muss die familiäre Betreuungsarbeit vergleichbar der Krippenbetreuung gefördert werden. Dies dient dem Kindeswohl, dem Wohl der Familien und dem Gemeinwohl. Eine solche Förderung hätte gleichzeitig den Effekt, die extrem angespannte Gesamtsituation in den Kindertagesstätten zu beheben.

Es ist an der Zeit, den Eltern zu helfen, ihr im Grundgesetz verankertes Recht auf Erziehung ihrer eigenen Kinder in vollem Umfang wahrzunehmen. Auch die Kinderärzte vor Ort sollten den Eltern Mut machen, die Bedürfnisse ihrer Kinder nach Nähe und Bindung zu erkennen und ihre eigenen Wünsche zur Selbstbetreuung nicht zu verleugnen.

■ Zusammenfassung J. Resch

Reaktionen auf ein Interview mit Dr. Johannes Resch:

Am 11.12.2023 gab unser Vorsitzender, Herr Dr. Resch, ein Interview in der Reihe „Politik und Zeitgeschehen“ im „Kontrafunk-Radio“, einem in der Schweiz beheimateten Internetradiodienst. Das Interview beginnt bei Minute 34,5.

(<https://kontrafunk.radio/de/sendung-nachhoeren/politik-und-zeitgeschehen/kontrafunk-aktuell/kontrafunk-aktuell-vom-11-januar-2024#id-article>).

Auf der Homepage des Senders ist ersichtlich, das auch hier das Thema im Anschluß kontrovers diskutiert wurde. Sämtliche hier wiedergegebenen Kommentare sind Zitate und spiegeln die individuellen Meinungen der jeweiligen Kommentarschreiber/innen wieder, nicht die des Verbandes, des „Kontrafunk“ oder von Herr Dr. Resch und werden nur zitiert.

Wüstenoase: Herr Resch trifft den Nagel auf den Kopf. Immer mehr Mütter erkennen daher, dass ihr Kinder genau ihre Mama und Papaliebe nicht nur in Qualitytime benötigen. Damit diese Freiheit zur Selbstbetreuung in Zukunft jede Familie bekommt, hat das „Bündnis Rettet die Familie“ eine einfache und kostenneutrale Idee entwickelt: <http://www.rettet-die-familie.de/was-wollen-wir>

Gast: Ich denke schon, dass Herr Resch recht hat. Nur muss man sich auch fragen, wer denn heute überhaupt Kinder bekommt und wieviel Fürsorge da dann überhaupt vorhanden ist. Weiter bezweifle ich, dass Kinder ab ungefähr 20 bereits einen (wirtschaftlichen) Mehrwert liefern, gerade bei den Familien, die (heutzutage) viele Kinder haben, und schon gar nicht sicher ist, wie das in Zukunft sein wird. Kinder sind am Ende, bei guter Bindung, ein Gewinn für die Eltern, die später von ihnen Zuwendung und Kümmern zurückhalten können, was Kinderlose nur schwer bekommen, wenn alleine in Pflegeeinrichtungen oder zuhause. An ein Fortbestehen von Sozialversicherungen glaubt ja wohl auch keiner mehr. Ich sehe das schon so, dass bei (mehr) Bezahlung, die Migranten bloß noch mehr Anreiz zum Viel-Kinder-Kriegen sähen und die Kartoffeln schön weiter hirngewaschen in die Kita schickten.

Steff82: Zum Thema Krippe: Wir reden hier über Babys und Kleinkinder! Klar brauchen die ihre Mutter und die Mutter sollte es sich auch nicht gefallen lassen, ihr Kind abschieben zu müssen, um arbeiten gehen

zu können! Wie soll denn dann ein Urvertrauen beim Kind entstehen können? Wie können Mütter eine Bindung und Liebe zu ihrem Kind aufbauen? Ja, auch diese Richtung sollte man nicht vernachlässigen. Es wird immer so getan, als ob das bei der Mutter qua Geburt automatisch passiert. Das ist aber nicht so! Auch die Mutter muss ihr Baby erst einmal kennenlernen.

Steffi: Man darf sich die Frage stellen: Wenn mir Arbeit SO wichtig ist, WARUM bekomme ich dann ein Kind? Damit ich dann die entscheidenden Entwicklungen und ersten Momente meines Kindes verpasse, weil ich arbeiten muss? Dafür bekomme ich doch kein Kind, sondern weil ich mich auch darum kümmern MÖCHTE!

onckel fritz: Sehr verehrte Frau Steffi, als Großvater habe ich es erlebt, dass mein Enkelkind der jungen Mutti einfach so trotz Verhütung „passiert ist“, worüber sich die Eltern dennoch gefreut haben. Die Schwangerschaft und ein Jahr Stillzeit wurden wegen Beschäftigungsverbots via bisherigem Arbeitgeber vom Sozialstaat bezahlt. Danach war sie darauf ANGEWIESEN, erwerbstätig zu sein und nicht als Frau Beamten- oder Chefarztgattin das Kind zu Hause betreuen zu können. Die Freiberuflichkeit ermöglicht ihr in Grenzen, sich Arbeits- und Kinderbetreuungszeit selbst einteilen zu können. Das Kind besucht seit dem zweiten Lebensjahr stundenweise für den Kontakt mit Gleichaltrigen die Kita; die übrige Betreuung übernimmt der Hausmann und Partner. Viele alleinerziehende Mütter sind nicht in dieser privilegierten Lage. Wollen Sie diesen allen ein schlechtes Gewissen machen? Das haben diese schon von ganz allein. Sollen Eltern von Töchtern diese wieder dazu erziehen, sich baldmöglichst in der Schule, Lehre, Hochschule einen sie versorgenden Ehemann zu suchen?

Wüstenoase: Deshalb benötigen Eltern echte Wahlfreiheit, wie sie hier <http://www.rettet-die-familie.de/was-wollen-wir> gefordert wird.

Lao_Youtai: Also Herr Resch ist unerträglich inkompetent.

Versteylen: Warum? Bzw. inwiefern?

ralphcarstensen@yahoo.de: und mir

erscheint Lao Youtai unerträglich inkompetent.

VDB: Als Erziehungswissenschaftlerin kenne ich die Argumente, die Herr Resch vorträgt, seit mehr als 30 Jahren, als sich nach dem Fall der Mauer die flächendeckende Krippenbetreuung in der DDR als das Einzige herausstellte, was für Westdeutschland übernehmenswert erschien. Anfang der 1990er Jahre gab es eine massive Kampagne, angeführt von Ärzten, gegen die Errichtung von Krippen, die sich einerseits auf die kommunistische Indoktrination von Kindheit an u. andererseits auf die Schädlichkeit der Trennung von Mutter und Kind für das Kind bezog. Allerdings nützte das nichts. Es gab ein Ausbaugesetz für Krippen, das zu einer qualitativ guten bundesweiten Weiterbildung von Erzieherinnen für die Krippe u. zu guten Neu-, Aus- u. Anbauten führte. Zusammen mit dem Elterngeld für den Bindungsaufbau im 1. Lebensjahr, das von Herrn Resch unterschlagen und von Herrn Gollme nicht nachgefragt wurde, ergibt sich das Bild einer frühkindlichen Betreuung von 1-3 Jahren in Deutschland, die wissenschaftlich gut begründet, fachlich und engagiert durchgeführt wird. Dazu gibt es eine Fülle von Literatur, u.a. Gerd Schäfer: „Bildungsräume von Null bis Drei“ von mir als Autorin. Wenn Kinder nach dem 1. Geburtstag in eine Krippe kommen, geht es ihnen in aller Regel gut, weil sie nach einem Modell „eingewöhnt“ werden u. die Zusammenarbeit mit den Eltern eng ist. Der Lobbyverband „Familienarbeit“ sollte zur Kenntnis nehmen, dass die Krippe seit 30 Jahren ein Erfolgsmodell ist

Wüstenoase: Deshalb ist Deutschland auch so gut gebildet bei Lesen, Rechnen und Schreiben? ?? Dieser wachsende Mangel hat seine Ursache auch in der mangelnden Bindungssicherheit der neuen Krippengeneration, welche verglichen mit der DDR leider oft noch schlechtere Betreuung erleben muss! Das liegt natürlich nicht an den vielen wirklich guten Erzieherinnen, sondern an dem Konstrukt einer Massenfremdbetreuung, die so niemals dem Kindeswohl dienen kann.

freiberg55@gmx.de: Unsere 3 Kinder gingen in die Krippe und den Kindergarten und das mit Freuden. Da gab es keine

negativen indoktrinierten Spätfolgen durch die DDR-Ideologie. Dazu waren sie viel zu klein. Und das Vertrauen in die Erzieherinnen war für die Kinder und für uns als Eltern eine Bereicherung. Jetzt erleben wir bei unseren Enkeln (2 und 4) eine ganz ähnliche Entwicklung. Natürlich sollen Eltern das Recht haben, ihre Kinder allein und ganz allein erziehen zu dürfen. Und andere dürfen das Recht haben, froh darüber zu sein, endlich wieder arbeiten gehen zu dürfen. Hier gibt es für mich keinen psychologischen Handlungsbedarf, und Mütter zu bezahlen, weil sie den angebotenen Krippenplatz nicht nutzen, ist auch nicht richtig. Die Kinder sollten allerdings laufen können. Damit Mutter oder Vater erkennen, ob das Kind mit Freude in den Spielraum läuft.

Anko: Meine Erfahrungen können diese steifen Theorien von Dr. Resch nicht bestätigen. Ich bin selber als Kind in der Krippe gewesen, genau wie meine Geschwister. Wir sind alle bestens gebildet und glücklich in Beruf und Familie. Auch meine Kinder lernen gut und die durften lange zu Hause bleiben. Ich habe dafür auf berufliche Karriere und damit auch auf eine ausreichende Rente verzichtet. Das muss jeder selber entscheiden. Was mich aber ärgert sind diese Theorien von richtig und falsch und das es zu aller erst ums Kind geht. So ein Unsinn. Nach der Logik von Prof. Reschs These einer Bildungs-Hemmnis durch zu frühkindliche Fremdbetreuung / die Krippe müssten die Menschen aus der DDR allesamt ungebildet und verstört sein. Ich kenne nur kluge Osis mit viel Empathie. In einem 1 Punkt stimme ich aber zu. Die Arbeit der Eltern wird leider nicht genügend honoriert. Übrigens kann man viel besser über das Fernsehen indoktriniert werden :-).

An den meisten dieser Kommentare auffallend und ärgerlich – weil kontraproduktiv – ist, dass der Begriff „Arbeit“ wieder nur auf die bezahlte Erwerbsarbeit bezogen wird. Kinderhaben ist also keine Arbeit, sondern ein Privatvergnügen, das man sich gönnen kann – und die Folgen tragen muss – oder auch nicht. Und WER übernimmt in dreißig Jahren den Saffladen? Unsere Kinder, während wir von einer kinderbedingt gekürzten Rente leben. Wo bleibt die Gerechtigkeit? Thematisch passend ist auch ein Beitrag mit der Psychotherapeutin Prof. Dr. Eva Rass: <https://www.gluecksknirpse.de/risiken-fruehkindliche-fremdbetreuung/>

Unsere Wahlprüfsteine für die EU-Wahl am 9. Juni und die Kommunalwahlen im Jahr 2024

Familien- und Sozialpolitik betreffen vor allem den Bund, die Länder und die Kommunen. Deshalb stellt sich die Frage, ob der Verband Familienarbeit e.V. zur EU-Wahl überhaupt Wahlprüfsteine an die Parteien versenden soll. Andererseits strahlt der Erfolg bei der EU-Wahl auch auf die Bundespolitik aus. Außerdem finden gleichzeitig in 8 Bundesländern Kommunalwahlen statt, bei denen die Familienpolitik auch eine Rolle spielt.

Wegen des in Deutschland seit ca. 50 Jahren bestehenden Geburtendefizits belastet heute der Mangel an jungen Arbeitskräften die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und die Funktion unseres Rentensystems. Das ist die direkte Folge einer jahrzehntelangen Politik gegen die Familien. Eltern müssen nach wie vor die Hauptlast der Investition in Kinder tragen, obwohl sie im Alter „im Umlageverfahren“ von den Kindern meist weniger Rente erhalten als Rentner ohne Kinder. Ursache ist, dass der Rentenanspruch sachwidrig fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wird, obwohl die Renten von den Kindern der Rentnergeneration bezahlt werden müssen.

Aktuell ist eine Korrektur dieser familienfeindlichen Politik eine zentrale politische

Aufgabe. Das ist für Deutschland besonders wichtig, weil hier das Geburtendefizit ausgeprägter ist als in den meisten anderen Ländern Europas.

Wir fragen deshalb:

1. Wie will Ihre Partei in Zukunft das Ungleichgewicht im „Generationenvertrag“ korrigieren?
2. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Eltern künftig wieder frei entscheiden können, ob sie ihre U3-Kinder selbst betreuen oder in einer Krippe betreuen lassen, statt sie durch einseitige Förderung der Krippenbetreuung auf diesen Weg zu drängen?
3. Was halten Sie von der gegenwärtigen „Lohnersatzfunktion“ des Elterngeldes, die die Betreuung eines Kleinkindes wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit behandelt, statt als Arbeit zu betrachten? Nach unserer Überzeugung ist die elterliche Kinderbetreuung als eine Arbeit anzusehen, die heute aufgrund unserer Rentengesetzgebung allen ehemals Erwerbstätigen zugutekommt und deshalb mit einem für alle gleichen Lohn abzugelten ist statt durch einen vom vorangegangenen Erwerbslohn abhängigen „Lohnersatz“.

■ Johannes Resch

Geschickte Briefe

Leserbrief zu „Im Land fehlen fast 60.000 Kitaplätze“, Badische Zeitung vom 29.11.23

Die leidige Leier: gemäß einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen in Ba-Wü aufgrund des Fachkräfte-Mangels fast 60.000 Kita-Plätze um den seit 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr zu erfüllen. Diese Fachkräfte sind doch vorhanden! Nämlich die Eltern des Kindes, das in den ersten 3 Lebensjahren vor allem Nestwärme braucht, um eine tiefe Bindung zu verlässlichen Bezugspersonen aufbauen zu können. Diese lebensnotwendige Bindung ist wiederum Voraussetzung, damit Bildung überhaupt auf fruchtbaren Boden fallen kann. Sonst ist es vergleichbar mit dem Einsäen eines noch nicht gepflügten Ackers, auf dem noch Gras wächst.

Dies belegen inzwischen zahlreiche Untersuchungen und Studien. Artgerechte Haltung nur für Tiere?

Statt einseitig mit immensen Geldern Kitas zu subventionieren, sollte der Staat endlich durch eine finanzielle und soziale Absicherung der Familienarbeit eine tatsächliche, reale Wahlfreiheit für Eltern ermöglichen, damit sie ihre Kleinstkinder entweder selbst

betreuen oder mit einem Gehalt für Familienarbeit Dritte zu fairen Bedingungen damit beauftragen wollen. Das ergäbe auch eine Gleichstellung zwischen Müttern und Vätern sowie mit Nicht-Eltern. Gern darf dies durch flankierende Maßnahmen wie z.B. Elternschulung begleitet werden. Vieles im Leben ist zu einem anderen Zeitpunkt nachholbar, nicht aber das Abenteuer der Menschwerdung, nämlich die Entwicklung eines hilflosen Säuglings zu einer eigenständigen Persönlichkeit. Ein Sabbatical tangiert längst nicht alle Facetten des Lebens wie dies beim Großziehen von Kindern der Fall ist und ist beinhaltet auch nicht diese große Verantwortung.

Thea Philipp-Schöllermann,
Grenzach-Wyhlen

„Die Anpassung der Frauen an sozial etablierte Männermacht ist ein bedenkliches Hindernis für die Entwicklung der Menschheit.“

Gerda Weiler

Verband Familienarbeit e.V. – AnsprechpartnerInnen

Ehrenvorsitzende

Wiltraud Beckenbach,
Zimmerbergstr. 1, 67317 Altleiningen,
Tel. 063 56/96 34 45
E-Post: wbeckenbach@familienarbeit.org

Bundesvorstand

Bundesvorsitzender

Dr. Johannes Resch, Bürgermeister-
Stöcklein-Str. 9, 76855 Annweiler
Telefon 063 46/9 89 06 28
E-Post: jresch@familienarbeit.org

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Beri Fahrbach-Gansky, Georg-Elser-Weg 14
74564 Crailsheim, 079 51/96 25 02
E-Post: bfahrbach-Gansky@familienarbeit.org

Ute Steinheber, Ahornstr. 15
75382 Althengstett, Tel. 0 70 51/48 10
E-Post: usteinheber@familienarbeit.org

Schatzmeister

Franz Josef Stuhmann,
Elsternweg 15, 26524 Berumbur,
Tel.: 0 49 36/6 02 93 06
E-Post: f.stuhmann@kabelmail.de

Beisitzerin

Gertrud Martin, Seb.-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 077 21 / 56 12 4
E-Post: gertrudmartin36@gmail.com

Geschäftsstelle

siehe Schatzmeister

Materialstelle

Gertrud Martin (siehe Redaktion)

Redaktion „Familienarbeit heute“

Gertrud Martin, Sebastian-Kneipp-Str. 110
78048 VS-Villingen, Tel. 077 21/5 61 24
E-Post: gertrudmartin36@gmail.com

Internet-Portal

www.familienarbeit-heute.de

Weitere Kontaktstellen

Bundesweit vertreten Mitglieder die Interessen unseres Verbandes. Wer eine/n Ansprechpartner/in in der Nähe des eigenen Wohnortes sucht, wende sich bitte an den Bundesvorsitzenden Dr. Johannes Resch (siehe oben). Er stellt gerne einen Kontakt her.

Aus dem Leben einer Erzieherin

In den beiden ersten Ausgaben 2024 der „Familienarbeit heute“ bringen wir die Erfahrungsberichte zweier Kita-Erzieherinnen aus ihrem Alltag.

Erzieherin Anja (*Name geändert) ist 34 Jahre alt und arbeitet im U3-Bereich in einer Kita in Nordrhein-Westfalen. Sie schreibt:

„Ich wache früh auf. Eigentlich immer vor dem Wecker. Den brauche ich schon lange nicht mehr. Und sofort spüre ich diese Unruhe: erst mal sortieren! Ah: Es ist Mittwoch und ‚eigentlich‘ ist alles gut. Kein Grund zur Unruhe. Mein Privatleben ist stabil und ausgeglichen. Ich bin gerne unterwegs mit Freunden. Eigentlich! Und doch ist da dieses Gefühl im Magen. Und da kommen auch schon die Gedanken...“

Ich denke nach über meinen Job in der U3-Gruppe im Kindergarten: Melanie, meine Kollegin, war gestern nicht da. Ob sie heute kommt? Ben, der Kleine aus meiner U3- Gruppe, bleibt seit drei Wochen den ganzen Tag. Die Eingewöhnung ist abgeschlossen. Er weint viel und sitzt oft eine halbe Stunde auf meinem Schoß, bevor er einen kleinen Schritt alleine machen kann. Ohne Melanie kann ich ihn nicht auf den Arm nehmen, hoffentlich bin ich überhaupt in seiner Gruppe. Solche Gedanken habe ich sehr oft am Morgen – direkt nach dem Aufwachen. Den Kaffee trinke ich nebenbei, essen mag ich nichts.

Jetzt ist Melanie wirklich die ganze Woche krank, sie hat eben in der Kita angerufen. Jedesmal wenn das Telefon vor 9 Uhr klingelt durchfährt mich ein Schauer: Fällt vielleicht noch jemand aus? Aber es bringt alles nichts – ab, da durch jetzt!

Niki, unser Praktikant, ist heute bei mir. Das ist gut. Niki ist nett. Nur kleben dann alle Kinder an mir, weil sie Niki noch nicht so gut kennen.

Aber wie viele Kinder passen auf meinen Schoß? Wenn der besetzt ist, muss Ben warten und alleine weinen. Und wenn Ben auf meinem Schoß sitzt, müssen die anderen warten. Ich habe mal eine Trage für den Rücken mitgebracht, damit ich die Kleinen tragen kann und für die anderen auch noch da sein kann. 'Das geht nicht' sagte mir die Leitung. 'Die Kinder sollen sich daran gewöhnen, dass sie hier nicht den Anspruch auf eine 1:1 Betreuung haben.' Je resoluter ich da sei, umso schneller habe sich das Kind daran gewöhnt. Das kann ich nicht und muss es doch machen. Kleiner Ben bitte begreife schnell, dass hier keiner auf deine Bedürfnisse eingehen kann! Ben ist stark und ausdauernd. Ich befürchte, es wird noch lange dauern, bis er aufgibt. Dabei möchte ich ihn unterstützen und bestärken, dass Kraft und

Ausdauer gut sind und er sie unbedingt kultivieren soll. Im Leben würde es ihn stärken. Bens Mama hat mir in der Eingewöhnung erzählt, dass Ben immer an ihrer Nagelhaut spielt, wenn sie ihn in den Schlaf begleitet. Wenn ich die Möglichkeit habe, bleibe ich an seinem Bettchen und er sucht meine Nagelhaut. Er atmet dann ruhiger, das spüre ich genau. Doch Melanie ist die ganze Woche nicht da und Marie, Milla, Sophie, Mira, Max, Noah, Emil, Henry und Theos Eltern haben uns auch erzählt, was ihre Kinder gerne haben, was ihnen hilft, sich zu regulieren, da sie es allein noch nicht können.

Wir haben es notiert, im Ordner ist es gut aufgehoben. Leisten können wir es nicht. Und den Eltern sagen, dass wir es nicht können, auch nicht.

Dann am Nachmittag kommen die Eltern. Für mich ein Gefühl der Erlösung, und gleichzeitig spüre ich erst jetzt die Müdigkeit in meinen Knochen. Natürlich fragen die Eltern, wie der Tag war und ich lüge sie an. 'Gut war es! Ben hat mit Louis gespielt und wunderschöne Bilder gemalt. Mögen Sie einmal schauen, sie sind in seiner Box.'

Schon immer habe ich es so gemacht: Das, was gut war am Tag, habe ich den Eltern erzählt. Mir war lange nicht klar, dass die Eltern das Recht haben, zu erfahren, wie oft ich am Tag über den Zustand ihres Kindes verzweifelt war. Wie oft ich beobachtet habe, dass es in Not ist und alleine da nicht rauskommt, ich die Verzweiflung und den Stress gefühlt habe und nichts machen konnte.

Zum einen sind da noch so viele andere Kinder, das ganze Drumherum muss gewuppt werden. Und da gibt es auch noch mich mit meinen Bedürfnissen und Gefühlen. Diese transportiere ich direkt an das kleine Kind. Ungefiltert und oft mit einer großen Wucht. In einem Seminar habe ich den Spruch von Martin Buber gehört: 'Ein Mensch wird am DU zum ICH'. Was für ein DU bin ich für das Kind in diesem System? Seit ich mir diese Frage stelle, kann ich nicht mehr weiter machen wie bisher. Die Konsequenz nach langem hin und her, bedeutet für mich den Ausstieg aus meinem Beruf, den ich mit so großer Leidenschaft angetreten habe.

Mein Wunsch ist, dass Eltern Verantwortung übernehmen und auf einer guten Betreuung für ihr Kind bestehen. Meine Geschichte ist die Regel: Das weiß ich aus zahlreichen Gesprächen mit Kolleg:innen. Eltern haben eine große Macht. Wenn sie sich zusammentun würden, um für bessere Bedingungen in den Kitas und somit für das Wohl ihrer Kinder einzutreten, könnte sich etwas ändern. Wird immer weggesehen und 'irgendwie geht es schon' gesagt, ändert sich mit Sicherheit nichts!“

Familienarbeit heute

Herausgeber: Verband Familienarbeit e.V.

www.familienarbeit-heute.de

Redaktionsanschrift: Gertrud Martin,

Sebastian-Kneipp-Str. 110

78048 VS-Villingen, Tel. 07721/56124

E-Post: bundesvorstand@familienarbeit.org

Redaktion für diese Ausgabe:

Gertrud Martin (verantw.); Wiltraud Beckenbach,

Silke Bürger-Kühn. Fotos: Privat.

Erscheinungsdatum dieser Ausgabe:

Februar 2024

Satz und Layout: Revellio, Druck und Medien

Druck: Revellio, Druck und Medien Gmbh, Villingen

Familienarbeit heute erscheint vierteljährlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag (45 Euro/Jahr) enthalten.

Jahresabonnement: 15 Euro einschließlich Versand

Alle Rechte vorbehalten. Sämtliche Inhalte sind urheber/innenrechtlich geschützt. Nachdruck – in unveränderter Form und mit Quellenangabe – erwünscht. Belegexemplare werden gern entgegengenommen. Mit Namen gekennzeichnete Artikel sind nicht unbedingt identisch mit der Meinung der Redaktion oder des Verbandes. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Bitte geben Sie auf LeserInnenbriefen – auch auf E-Mails – Ihre Adresse und Telefonnummer an. Kürzungen behalten wir uns vor. Bei veröffentlichten Briefen trägt die Redaktion die presserechtliche, aber nicht die inhaltliche Verantwortung.

Für alle genannten Internetadressen, Verweise / Links und dortigen Inhalte gilt die Version zum Zeitpunkt der Drucklegung.

Redaktionsschluss für Ausgabe 02/2024:

25. April 2024

Mitgliedsbeitrag/Spenden

Der Verband Familienarbeit e.V. ist als gemeinnützig anerkannt. Sowohl die Mitgliedsbeiträge als auch Spenden sind steuerlich absetzbar (nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG und § 3 Nr. 6 GewStG laut Feststellungsbescheid des Finanzamtes Villingen-Schwenningen vom 23.01.2019, Steuer-Nr.: 22102 / 64112).

Bis zu einem jährlichen Gesamtbetrag von 200 Euro gelten als Nachweis die Kopien Ihrer betreffenden Bankauszüge. Der Verband finanziert sich (neben der ehrenamtlichen Arbeit) ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Wir bitten deshalb sehr um Ihre Spende und sagen herzlichen Dank dafür!

Volksbank eG

IBAN: DE25 6649 0000 0025 4109 04

BIC: GENODE610G1

Meine neu entdeckte Leidenschaft sind alte Bücher, die jetzt nachgedruckt werden, sogenannte Reprints. Eine ganz besondere Wiedersehensfreude machen alte, vielgeliebte Bilderbücher. Je älter man wird, und je mehr die Einsamkeit nach einem greift, desto eher sollte



Kenneth Grahame

Wind in den Weiden

Bassermann Verlag | 160 Seiten, 9,99 Euro | ISBN 978-3809416692

1) Wind in den Weiden: ein Klassiker der (ursprünglich englischen) Kinderliteratur. Text von Kenneth Graham, Illustrierung von Eric Kincaid, deutsche Übersetzung von Sybil Grä-

man sich den Luxus der Anschaffung eines Reprints gönnen.

Aus der im internet angebotenen Fülle möchte ich drei Bücher herausgreifen.

■ Gertrud Martin

fin Schönfeldt. Erschienen erstmals 1908 bei Methuen & Co in London.



Sibylle von Olfers

Etwas von den Wurzelkindern

Esslinger Verlag | 32 Seiten, 13 Euro | ISBN 978-3480233106

2) Die Wurzelkinder: ein Bilderbuch in Reimen für ca. 3-Jährige von der deutschen Kinderbuchautorin und Illustratorin Sibylle von Olfers, erstmals 1906 beim Schreiber Verlag Esslingen veröffentlicht (wikipedia).

Zitat: „Fröhlich ziehen die Wurzelkinder mit bunten Blumen und Gräsern in die Welt hinein, und die Natur erblüht.“ Auch hier finden sich mehrere Anbieter.



Agnes Sapper

Die Familie Pfäffling

Eine deutsche Wintergeschichte

Edition Holzinger | 168 Seiten, 19,80 Euro | ISBN 978-1540741639

3) Die Familie Pfäffling: Autorin Agnes Sapper. Das ist ein Buch, das vielleicht Kinder gerne lesen, die ohne Geschwister aufwachsen und sich so sehr eine große Familie wünschen. Erzählt wird aus dem trubeligen Alltag einer Familie mit 7 Kindern: „...Viele Mäuler müssen gestopft, zahlreiche Schulbücher gekauft werden. Vater Pfäffling tut sein Bestes um sich und seine Familie über Wasser zu halten. Doch

nicht nur Geldsorgen plagten ihn: Otto wird wegen eines Schneeball-Treffers aufs Polizeirevier vorgeladen. Wilhelm bringt ein miserables Zeugnis nachhause. Anne droht durch eine Ohrenentzündung taub zu werden. Und das unvorsichtige Elschen lässt sich das letzte Bargeld stehlen (Klappentext bei Perlentaucher).

Lechts oder links? (Teil 1)

Von Beri Fahrback-Gansky

Der Verband Familienarbeit e.V. wurde und wird zunehmend als „rechts“ eingestuft. Diese Zuschreibung sorgt für Unbehagen. Mit diesem Artikel will ich Klarheit schaffen. Unser Verband war schon immer ein bunter Haufen. Wir hatten und haben Mitglieder von verschiedenen Parteien, die in der Vergangenheit auch noch viel gegensätzlicher waren. Die unterschiedlichsten Glaubensrichtungen und Weltanschauungen waren und sind vertreten. Das ist unsere Stärke! Der Feminismus, der ja eher „links“ verortet wurde und wird, ist immer noch stark vertreten. Uns vereint das gemeinsame Interesse an der Aufwertung, Anerkennung und finanziellen Absicherung der Familienarbeit und an sozialer Gerechtigkeit für Familien, z.B. im Rentenrecht, usw.

Ich will drei Beispiele anführen von Erlebnissen und Erfahrungen, die mich zunehmend stutzig werden ließen. Mir geht es im Folgenden nicht um spezielle Themen. Sie dienen lediglich als Beispiel:

1. Als junge Mutti – geprägt auf eine Orientierung an Mutter Natur – war es für mich selbstverständlich, meinen Kindern eben auch natürliche, artgerechte Entwicklungsbedingungen zu bieten, also z.B. für meine Kinder da zu sein, so wie jede Affen- oder Rabenmutter selbstverständlich für ihre Kleinen sorgt. Jean Liedloff, selbsternannte Ethnologin im südamerikanischen Urwald, schwärmte einer ganzen Generation von Müttern von den indianischen Müttern und ihren natürlich aufwachsenden Kindern vor.¹ Umso erstaunter war ich, dass der Kurs der Grünen in eine ganz andere Richtung triftete: Freilauf für die Hühner, artgerechte Haltung für Schweine. Aber bei den Menschenkindern war da nicht nur keine Rede davon, es wurde ausdrücklich Massenkinderhaltung gefordert. Natürlich mit anderen Worten. Was Schweinchen und Hühnchen krank macht, misshandelt und Tierschützer auf den Plan ruft, sei für das Menschenkind „frühkindliche Bildung“.

Auch die CDU – wenn auch schwerfälliger – propagierte zunehmend das nicht gelebte Familienleben als das neue Familienleben unter dem Zauberwort „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“.

2. 2020 fand hier eine Kundgebung mit Hauptthema „Demokratie und Grundrechte“ statt: Auf der anderen Seite des Platzes waren Antifa und Grüne sehr lautstark zu einer Gegendemo versammelt. Der Veranstalter der Demokratie-Demo lud die Gegendemonstranten mehrfach ein: Wo ist das Problem? Lasst uns miteinander reden! Wir wollen doch dasselbe! Warum bekämpft ihr uns? Usw. Die

Gegendemonstranten gingen nicht darauf ein und drehten lieber ihre Lautsprecherboxen lauter. Das hat mich schon sehr irritiert.

3. In unserem Städtchen wurde 2022 zu einem politischen Abend der Bündnisgrünen im Festzelt eingeladen. Zwei hochrangige Politiker waren angereist und warben unverhohlen für Waffenlieferungen und für die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke, angeblich zu dem Zeitpunkt nicht vermeidbar. Vor dem Festzelt sammelten sich Demonstranten – ausgerechnet von der AfD aufgerufen – darunter frustrierte Grüne, die „Kriegstreiber“ schrien.

In meiner Jugend hatten die Grünen viel Erfolg mit dem Motto: „Frieden schaffen ohne Waffen!“ und den legendären Aufklebern „Atomkraft – Nein, danke!“. Und jetzt? Wo ist da rechts oder links oder grün? Ich war verwirrt.

Diese Erfahrungen ließen mich zu dem Schluss kommen, dass sich die Begriffe „rechts“ oder „links“ oder „grün“ eigentlich nicht mehr zweifelsfrei zuordnen lassen

Dagegen schien der Mainstream, Medien, Politik und Prominenz, noch sehr genau zu wissen was rechts und links ist: „Rechts“ war auf einmal grundsätzlich nichts Ehrenwertes und Gesellschaftsfähiges mehr, sondern grundsätzlich verderbt. Alles was sich rechts von Angela Merkel befand – und das war fast alles – war nun „radikal rechts“. Sehr großzügig wird dieses Etikett allen Andersdenkenden verpasst und eben auch dem Verband Familienarbeit e.V.

Manche sehen gar in Familienverbänden Parallelen oder eine Weiterführung des Mutterkultes im Nazideutschland. Belege gab es für eine solche Behauptung nie. Das sind schon sehr harte, beleidigende Vorwürfe! Wie konnte das geschehen? Ich sehe im Mütterkult des Nationalsozialismus eine knallharte Bekämpfung aller Mütterlichkeit: Kinder gebären für den Führer und seine Ideologie! Eine „schwarze Pädagogik“ machte Stimmung gegen Bindung und Bemuttern.

Wo Ideologien zum Leitfaden allen Handelns werden, führt das leicht in totalitäre Strukturen. Rechte und linke Ideologien haben das gemeinsam. Das beweisen auch die neueren Denkrichtungen, wenn sie in den Ideologiestatus erhoben werden, wie z.B. Gender und Veganismus.

Von daher kam mir auch schnell der Verdacht, dass diese Worte „rechts“ und „links“ und „grün“ im Grunde ihres geschichtlichen Bezugs und ihres Inhaltes entleert wurden. Als Worthülsen und höchst negativ besetzt, werden sie all jenen aufgeklebt, die nicht dem Mainstream folgen.

Der Verband Familienarbeit e.V. pflegt ein Welt- und Menschenbild, in dem Mütter als Mütter und Väter als Väter noch selbstverständlich und natürlicherweise vorkommen, und wir thematisieren soziale Gerechtigkeit in Bezug auf Familien. Das ist nicht erwünscht. Deshalb werden wir auch angegangen.

In den letzten Jahren haben auch Grüne und Linke Kritik an den Vorstellungen und den angeblichen alternativlosen Programmen der Regierung geübt. Wenn eine linke Person und eine als „rechts“ beschimpfte die gleichen Kritiken vorbringen, wird es mit der Zuschreibung von rechts und links knifflig. Geradezu ein Eigentor schießen die Diffamierenden, wenn sie bei denjenigen eine Gefährdung von Recht und Ordnung sehen, die eigentlich Recht und Ordnung noch einklagen, wie eben unserer Verband Familienarbeit e.V. Vor Gericht gewonnene Klagen bieten reichlich Zeugnis: Es geht nicht um rechts oder links sondern um Rechtswidrigkeiten.

Eine Rechtsprechung, die denen Recht gibt, die sich für Recht einsetzen? Darf das noch sein? Auch hier beobachtet man leider ungute Entwicklungen: Klagen werden einfach nicht angenommen. Urteile ignorieren wichtige Sachverhalte. Gesetze werden geändert oder neue erlassen, um damit zu verhindern, was zu verhindern ist. Dazu gehören für mich auch die angepeilten Kinderrechte und das Selbstbestimmungsgesetz, mit denen Elternrechte untergraben werden.

Gewissermaßen in der Falle sitzen die Diffamierer, wenn sie sich immer mehr darüber definieren, was sie nicht seien, nämlich das, was sie selber als rechts definieren und diffamieren. Das ist für sie gefährlich. Warum berufen sie sich nicht auf ihre ursprünglichen, z.B. linken Werte? Weil da so mancher Widerspruch schnell offensichtlich würde?

Kann man es sich also sparen, sich über derlei Diffamierungen aufzuregen? Einfach ignorieren?

Nein, es rückt uns in die Nähe von Totalitarismus und Massenmord. Es wird gar getan, als müsse man die Gesellschaft vor uns schützen. Damit wird dann legitimiert, dass man Andersdenkende immer härter angeht, z.B. durch Zensur.

¹ Jean Liedloff, *Auf der Suche nach dem verlorenen Glück: gegen die Zerstörung unserer Glücksfähigkeit in der frühen Kindheit*, Verlag C.H.Beck München 1980

[Forts. in Familienarbeit heute 02/2024]